

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1875

260 (5.11.1875)

Beilage zu Nr. 260 der Karlsruher Zeitung.

Freitag, 5. November 1875.

Deutschland.

Berlin, 2. Nov. Sitzung des deutschen Reichstags.

Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr. Am Tische des Bundesrats: Delbrück, v. Freybois, Dr. Stephan u. A.

Tagesordnung: Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung des § 4 des Gesetzes über das Postwesen des Deutschen Reichs vom 28. Oktober 1871.

In der allgemeinen Besprechung führt Bundeskommissar Oberpostpräsident Dr. Fischer aus, daß für die Verhältnisse der Post zu den Staats-Eisenbahnen zur Zeit das Reglement vom 1. Januar 1868 maßgebend sei, das jedoch mit dem 1. Januar 1876 für die Staaten des vormaligen Norddeutschen Bundes außer Wirksamkeit trete. Es liege somit die Nothwendigkeit vor, das Verhältniß der Post zu den Staatsbahnen von dem genannten Zeitpunkt ab anderweit zu regeln. Der vorliegende Gesetzentwurf unternehme nun die Regelung nicht in dem Sinne, daß er ein neues Recht schafft, er will vielmehr nur die Grundzüge der bestehenden administrativen Vorschriften zu einem einheitlichen Reichsgesetz formell verbinden und nach den gemachten Erklärungen ergänzen. Der Gesetzentwurf unternehme auch nicht, für die Verpflichtungen, welche den Eisenbahnen obliegen, eine neue Grundlage festzustellen, noch auch die Summe der Leistungen der Eisenbahnen über das bestehende Maß hinaus zu erhöhen. Andererseits sei es auch nicht die Absicht des Entwurfs, die Grundlagen, auf denen diese Leistungen beruhen, aufzuheben und darauf zu verzichten; derselbe bemühe sich vielmehr, den Interessen der Eisenbahnen und der Post gleichmäßig Rechnung zu tragen, indem er die Verpflichtungen in allen Einzelheiten ergänzt. Auf diesem Wege will der Entwurf Schwierigkeiten vorbeugen, die sich überall da ergeben, wo über das Maß der Verpflichtungen Unklarheiten herrschen. Zum Schluß spricht Redner den Wunsch aus, daß der vorliegende Gesetzentwurf dazu beitragen möge, das Wohl der Eisenbahnen und der Post gleichmäßig zu fördern und deren Bemühungen, das Verkehrsnetz des Deutschen Reichs zu erleichtern, zu unterstützen.

Abg. Dr. Eiben (Stuttgart) erklärt sich für Ueberweisung der Vorlage an eine besondere Kommission von Mitgliedern zur Vorbereitung. Redner verweist bei Begründung seines Antrags zunächst auf die gemeinnützige Seite der hier in Frage stehenden Verhältnisse. In dieser Beziehung kann er nur billigen, daß die Eisenbahnen gehalten werden, sich den Wünschen der Post zu fügen; was dagegen die finanzielle Seite anlangt, so ist er der Ansicht, daß die Eisenbahnen für ihre Leistungen vollständig entschädigt werden müssen. Redner verweist auf England, wo für die Leistungen der Eisenbahnen vollständige Entschädigung eintritt, obwohl man dort von denselben auch nicht mehr verlange, als dies hier der Fall sei.

Abg. Richter (Hagen) tritt den Ausführungen des Vorredners im Wesentlichen bei und weist darauf hin, wie beklagenswerth die bestehenden Verpflichtungen für die Eisenbahnen seien, namentlich für die sekundären, deren Entwidlung man nicht dem Ermessen des Reichslänglers überlassen dürfe. Eben so wenig dürfe man die Befreiung der Leistungen dem Bundesrat überlassen, dieselben müßten vielmehr im Wege des Gesetzes geregelt werden.

Abg. Baron v. Minnigerode erklärt sich ebenfalls für kommissarische Berathung, ebenso Abg. v. Benda. Letzterer spricht den Wunsch aus, daß die Kommission sich vorzugsweise mit der Frage beschäftigen möge, ob dieses Gesetz wirklich ein Bedürfnis und ob es opportun sei, dasselbe schon jetzt zu erlassen. Er glaube, daß der Reichstag das Recht habe, Forderungen, deren Bedürfnis im Augenblick zweifelhaft erscheine, von sich abzuweisen und auf gelegenerer Zeit zu vertragen. — Abg. S u m m spricht entschieden gegen das Gesetz, da dasselbe den gerechten Forderungen der Eisenbahnen nicht genüge. — Abg. G u m b r e c h t ist nicht der Ansicht, daß man die Eisenbahnen für ihre Leistungen auf dem in Rede stehenden Gebiete entschädigen sollte. Die Eisenbahnen seien ein Verkehrsmittel, das dem öffentlichen Interesse zu dienen habe, auch hätten gerade sie alle Ursache, sich dem Staate dankbar zu erweisen und etwas für das öffentliche Interesse zu leisten. Redner erklärt sich überhaupt gegen die Privat-Eisenbahnen und hofft, daß sich mit der Zeit der Umschwung in der Meinung zu Gunsten des Staats-Eisenbahnwesens vollziehen werde.

General-Postdirektor Dr. Stephan: Ich muß mit dem Bekenntnis beginnen, daß die Wendung, welche die Debatte über den vorliegenden Gegenstand genommen hat, mich überrascht hat. Es handelt sich hier um ein Gesetz lediglich formeller Natur, ein Gesetz, dessen Absicht dahin geht, bestehendes Recht zu kodifizieren und das nothwendig ist, weil das bestehende Recht mit Ende dieses Jahres erlischt. Einige der Herren Vorredner haben das von der Postverwaltung in Anspruch genommene Recht zum Gegenstand ihres Angriffs gemacht. Nun, m. H., aus welchem Grunde wollen Sie dieses Recht der Postverwaltung entziehen? Hat sie dasselbe etwa gemißbraucht, hat sie bei Ausübung desselben niemals in rücksichtsloser Weise verfahren? Hat sie endlich nicht die Leistungen erfüllt, die man von ihr zu fordern berechtigt war? Nichts von alledem ist hier behauptet worden. Das ist nun der Grund, der Sie veranlaßt, Ihre Angriffe gegen dieses Recht der Postverwaltung zu richten? Meine Herren, ich glaube, wir haben alle Ursache, den Herren Richter und Stumm dafür dankbar zu sein, daß sie als eigentlichen Grund ihrer Angriffe weiter nichts als die finanzielle Bedrängnis der Eisenbahnen angeführt haben. Woher diese Bedrängnis entstanden, das zu untersuchen steht mit allerdings nicht zu; doch die Thatsache besteht, und da soll auch bei dieser Gelegenheit das große Reichsmaß wieder einmal angegriffen werden. (Widerpruch.) Ich, m. H., behaupte, daß es doch ein ganz eigenenthümliches Verfahren ist, daß bei solchem Anlaß eine patriotische Klage geführt wird. Diese Klagen sind allerdings nicht neu, die Postverwaltung hat jedoch bisher jeden Angriff in dieser Beziehung unbeachtet gelassen in dem festen Vertrauen, daß derartige Sonderinteressen nicht die Verachthung dieses hohen Hauses finden werden. Redner schließt nun auf die Entstehung des in Rede stehenden Rechts sehr ausführlich ein und kommt dabei zu dem Schluß, daß die Post dasselbe nicht entbehren könne, wenn sie die ihr obliegenden Pflichten erfüllen solle. Würde das Recht der Eisenbahn auf Entschädigung anerkannt, so würden, führt Redner weiter aus, die Einnahmen des Reichs sich erheblich vermindern. Es würde dann nichts weiter übrig bleiben, als neue Steuern einzuführen, oder die Posttaxe zu erhöhen. Ich glaube, m. H., fährt der Redner fort, dieses letztere wäre das letzte Mittel, das auf Ihre Zustimmung rechnen dürfte, denn es würde sich dabei um eine erhebliche Erhöhung des Postos für Geldsendungen, für die Zeitungen und Drucksachen handeln. Der Eisenbahn Konkurrenz zu machen, dieser Gesichtspunkt hat der Postverwaltung vollständig fern gelegen; die Zwecke der letzteren sind lediglich darauf gerichtet gewesen, dem Lande einen billigen Verkehr zu schaffen, und inwieweit ihr dies gelungen ist, das will ich gerne Ihrem Urtheile überlassen. Ich bitte, das, was besteht, aufrecht zu erhalten; dann setzen Sie das Postinstitut in den Stand, die hohen Zwecke, die dasselbe für den Verkehr zu erfüllen hat, auch ferner wahrzunehmen. M. H., werfen Sie nicht das Erbrecht der Post, das sogen. Erstgebundenrecht, gegen das Einseitigkeit der Privatbahnen fort. (Bravo.)

Abg. Richter (Hagen) bleibt dem gegenüber bei seinen Ausführungen stehen. Hier handle es sich um ein altes Unrecht, das man nicht auf's Neue sanktionieren könne. Könne die Post unter veränderten Verhältnissen ihre Leistungen nicht erfüllen, dann werde er auch für eine Erhöhung der Posttaxe stimmen.

Abg. Dr. Windthorst erklärt sich gegen die Ausführungen des Vorredners; das Haus könne nichts Schlechteres thun, als im Interesse der Privat-Eisenbahnen die Posttaxe erhöhen. Dadurch würde das eben zum Abschluß gebrachte großartige Werk, der Welt-Postarif, geradezu wieder aufgehoben werden. Ein solches Eintreten für die Interessen der Privat-Eisenbahnen halte er für vollständig ungerechtfertigt, namentlich da von der der Postverwaltung behauptete Rechtszustand ein völlig zweifellos ist.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen und die Vorlage an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern zur Berathung verwiesen.

* **Müncheu, 1. Nov.** Die Erwiderung des Bischofs von Regensburg auf die Erklärung des Ministers Dr. v. Luz hat, wie das „Regensburger Morgenblatt“ mittheilt, die Presse bereits verlassen und soll in dem Sage gipfeln, daß auch die neue Behauptung des Hrn. Staatsministers durchaus grundlos und unwahr sei, indem schon jetzt auf Grund der Alten feststehe, daß in den sämtlichen Ordinariatsbezirken nicht einmal das Wort „Wahl“ zu finden, geschweige von Weisungen zur Agitation, zur Benutzung der Unzufriedenheit des Volkes die Rede sei. Ueberdies gehe der Hr. Bischof auf den von Hrn. Minister v. Luz gemachten Vorschlag des Beweisverfahrens ein.

* **Detmold, 1. Nov.** Das „F. L. N. u. A.-Bl.“ veröffentlicht folgendes Bulletin über das Befinden des Fürsten: „Nachdem die im Anfange voriger Woche eingetretene Besserung in dem Befinden Sr. Durchlaucht des Fürsten im Verlaufe der Woche nicht die gehofften Fortschritte gemacht hatte, ist in den letzten Tagen bei Fortdauer der Appetitlosigkeit und der Beklemmung eine Abnahme der Kräfte eingetreten. Detmold, 1. November 1875. Hofrath Dr. Eichenburg.“

Frankreich.

* **Paris, 1. Nov.** Der „Köln. Ztg.“ wird von hier geschrieben:

Die türkischen Angelegenheiten beginnt man hier mit sehr misstrauischen Augen anzusehen. Seit es bekannt geworden, daß die Pforte von den Pariser Bankiers nicht einmal die Vorschüsse hat erhalten können, deren sie zur nothdürftigsten Regelung ihrer augenblicklichen Verlegenheiten bedürfen würde, hält man es für wahrscheinlich, daß sie binnen viel kürzerer Zeit, als man ursprünglich dachte, gezwungen sein werde, auch die zweite Hälfte ihrer Coupons in werthloses Papier zu verhandeln. Die Bankiers halten die Kurse, soweit es angeht, in der Hoffnung, das, was sie von den türkischen Papieren noch besitzen, vor und nach an die kleinen Kapitalisten abzugeben, die ja immer wieder bereit sind, ihre Ersparnisse an die unwahrscheinlichsten Papiere zu wagen. Für deutsche Kapitalisten wird es wohl keiner Warnung bedürfen. Zuverlässige Berichte aus der Herzegowina bestätigen Alles, was die türkischen Blätter über die nichtswürdige Kriegsführung der Türken geschrieben haben, und schildern das Elend unter den Anhängern als unerhört. Sie konstatieren zugleich, daß kein einziger der Aufständischen den etwaigen Versprechungen der Türkei auch nur das geringste Vertrauen schenken würde. Unter diesen Umständen wird die jüngste Note des St. Petersburgers Staats-Anzeigers als ein eben so bedauerlicher wie ernst gemeinter Akt aufgefaßt; man glaubt, daß die Mächte, Rußland voran, die Mittel finden und mit allem erforderlichen Nachdruck verwenden werden, um die Türkei zur Herstellung geordneter, rechtlicher Zustände auf ihrem Gebiete zu verurtheilen.

Rußland.

St. Petersburg, 30. Okt. Das Communiqué, welches der „Regierungs-Anzeiger“ am 29. Okt. über die Vorgänge in der Herzegowina veröffentlichte, lautet wörtlich:

Die wichtigen politischen Ereignisse, die sich zur Zeit auf der Balkan-Halbinsel vollziehen, haben Rußland nicht alleinsehend ereilt, sondern im Bündniß mit zwei Mächten, welche gleich ihm von dem Wünsche befeuert sind, den europäischen Frieden aufrecht zu erhalten und zu befestigen. Fern allen eigenmächtigen politischen Absichten, auf gegenseitigem Vertrauen der Regierungen gegründet und durch die Zusammenkunft der drei Kaiser besiegelt, tritt dieses Bündniß Europa gegenüber nicht als ein Schiedsrichter über seine Geschicke auf, sondern als ein Wächter seiner Freiheit und Wächter seiner Ruhe.

Wenn es aber auch an diesem Bündniß Theil nimmt, so hat Rußland ihm doch nicht die Sympathie zum Opfer gebracht, die es befähigt für die unterdrückte christliche Bevölkerung der Türkei gehet und welche

das gesammte christliche Europa mit ihm theilt und ohne Zweifel auch jetzt theilt. Die Opfer, die das russische Volk den Christen in der Türkei gebracht, sind so groß, daß sie Rußland das Recht geben, diese Sympathie auch jetzt vor dem Antlitze von ganz Europa zu dokumentieren.

Durchdrungen von den früheren Sympathien für die christliche Bevölkerung der Balkan-Halbinsel und dem Bewußtsein der Gefahr, welche der Ruhe Europas drohte, konnte das kaiserl. Kabinet jetzt wie auch früher unter gleichen Verhältnissen nicht ein gleichgültiger und theilnahmsloser Zuschauer der Ereignisse bleiben, die sich in der Herzegowina vollziehen, die Serbien und Montenegro in einen ungleichen Kampf zu verwickeln und einen Krieg zu entzünden drohten, dessen Grenzen schwer voranzusehen wären. Das kaiserl. Kabinet erhob zuerst seine Stimme zum Schutze der bedrängten, durch übermäßige Steuern zum Aussterben getriebenen Bevölkerung der Herzegowina und für die Aufrechterhaltung des Friedens, dessen Europa im Allgemeinen und die Türkei im Besonderen bedarf. Auf seine Anregung beistimmten sich die verbündeten und von dem gleichen Wunsche, weiteren Konflikten in der Türkei vorzubeugen, geleiteten Regierungen von Deutschland und Oesterreich-Ungarn, ihm bei der Beförderung der Pforte mit ihren ausländischen Unterthanen ihre Unterstützung zu leisten.

Die Regierungen von Frankreich, England und Italien theilten die Ansichten der nordischen Kabinette von der dem europäischen Frieden gefährdenden Lage der Dinge in der Türkei und schlossen sich den Bemühungen derselben zur Erreichung des vorgesezten Zieles an. Friedliebende Rathschläge, welche der Pforte von den Vertretern der Mächte in Konstantinopel erteilt wurden, hatten zur Folge — zunächst die Entsendung einer Konjunktarkommission in die Herzegowina, welche die Befriedigung der Insurgenten mit der Regierung anstreben sollte, und dann — die aus freien Stücken und zwanglos erfolgte Proklamirung einer Grade Seitens Sr. Majestät des Sultans, welches seiner christlichen Unterthanen bedeutende Steuererleichterungen, Gleichberechtigung mit den Muselmännern vor Gericht und bessere administrative Organisation zugesagt.

Natürlich bezweifelt Niemand die Aufrichtigkeit des Wunsches Sr. Majestät des Sultans, die gegenwärtige elende Lage seiner christlichen Unterthanen zu verbessern. Die Regierungen aller Großmächte nehmen das neue Grade als einen untrüglichen Beweis der beklagenswerthen Fürsorge des Sultans für das Wohl dieser Unterthanen mit Wohlwollen an. Beispiele nicht ferner Vergangenheit aber, welche klar darthun, daß sühliche, den Christen wohlwollende Willensäußerungen des Sultans erfolglos blieben und daß die verhältnißmäßig nichtslagehenden Rechte, welche die Christen einiger Ortshaupten der Türkei genießen, ihnen gezwungener Weise auf Verlangen der europäischen Diplomatie zugestanden wurden, geben der öffentlichen Meinung Europas Anlaß, dem neuen Grade des Sultans nicht mit dem Vertrauen entgegenzukommen, das ihm als Ausdruck des Mitgeföhls Sr. Majestät für die bedrängte Lage seiner christlichen Unterthanen gebührt. Das Vertrauen dieser letzteren aber zu derartigen Akten der Regierung ist in dem Grade erschüttert, daß es der Pforte schwer werden dürfte, dasselbe sogleich ohne freundschaftliche Mitwirkung der europäischen Kabinette wiederherzustellen. Und diese Mitwirkung werden die Kabinette ohne Zweifel der Pforte nicht verjagen; ihrerseits wird auch die Pforte nicht ermangeln, diesen Kabinetten greifbare Beweise ihrer seien und unbeeinträchtigen Entschlossenheit zu geben, die jetzigen sühlich übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der Christen zu erfüllen und somit der anomalen Lage, die Europa so viel Befürchtungen einflößt, eine Grenze zu setzen. Jedenfalls darf man sich versichert halten, daß der klägliche Stand der Dinge, wie er bis jetzt in der Türkei den Interessen der Pforte, ihrer Unterthanen und Europa's zum Schaden gewährt hat, ein Ende finden muß.

Badische Chronik.

H. Mannheim, 3. Nov. Der Oktober-Anweis der Badischen Bank führt folgende Hauptveränderungen gegen den vorigen Monat auf: die Notenzirkulation (30,500,000 M.) hat um 1,709,700 M. abgenommen; der Barvorrath (17,987,000 M.) liegt um 513,000 M. des Wechselportefeuille (23,500,000 M.) um etwas über eine Million Mark. Dagegen verringerte sich der Reichskassenschein- und Banknotenbestand (3,473,000 M.) um 839,000 M., sonstige Aktiva 2,911,000 M. um 729,300 M., während die täglich fälligen Verbindlichkeiten, Ende September nur etwa 20,000 M., um 1,554,000 M. und die sonstigen Passiven 1,211,500 M. um 107,000 M. sich vermehrten. — In heutiger öffentlicher Sitzung des Bezirksrathes im großen Rathhause wurde, wie das „Journal“ berichtet, über die Ansprüche der Stadtgemeinde an die Angrenger in 5 neu angelegten und angelegten Straßen verhandelt. Die Angrenger suchten die gestellte Forderung theils aus formellen Gründen, theils deßhalb an, weil auch bereits zu öffentlichen Zwecken verwendetes Gelände ihnen berechnet wurde, wogegen die Vertreter der Stadt geltend machten, das Straßengesetz mache die Angrenger für den Gesamtanbau verantwortlich. Der Bezirksrath fand, daß nicht alle Formvorschriften beachtet worden seien und ordnete eine neue Auflistung der Straßenbaulosen an, welche sodann nach Mittheilung an die Angrenger der Prüfung des Bürgerausschusses und der Staatsgenehmigung unterbreitet werden soll.

H. Freiburg, 2. Nov. Nach alter Sitte waren auch am gestrigen Allerheiligentage die beiden hiesigen Friedhöfe in schönster, sinniger Weise mit Pflanzen, Bouquets und Kränzen reich geziert. Eine zahllose Menschenmenge bewogte sich den ganzen Tag auf denselben, theils als Schaustatze, theils aber und größtentheils, um die Ruheplätze theurer Angehöriger zu besuchen. Die Grabstätten der am alten Friedhofe bestatteten Krieger vom Feldzug 1870/71, sowie der dieselbe bezeichnende Obelisk waren auch dieses Jahr schön geschmückt. Gestern Vormittag fand daselbst, durch den Landwehr- und Reservisten-Verein „Vesort“ veranlaßt, eine Gedächtnisfeier bei großer Theilnehmung der Einwohnerschaft statt. Ein von der hiesigen Regimentsmusik ausgeführter Choral wechselte dabei mit Gesangsvorträgen

der Concordia und hielt Hr. Dompräbendar Finesen, kgl. Militärgeistlicher, eine erhebende Ansprache, worin er der Verdienste der dort ruhenden Krieger gedachte, welche vor fünf Jahren den Tod für's Vaterland erlitten.

Verlässliche Nachrichten.

Berlin, 1. Nov. (N. Fr. Pr.) Der Bericht der Kommission zur Begutachtung von Fragen der Polarforschung konstatiert zunächst, daß die Kommission eine „den früheren ebenso bezeichnete ähnliche, wenn auch vollkommener ausgestattete“ Nordpol-Expedition nicht empfehlen könne. Die Aufgabe der eigentlichen geographischen Entdeckung, zu deren Lösung jede der bisherigen Expeditionen beigetragen habe, müsse, nachdem die Polargegenden bereits an vielen Punkten aufgeschlossen sind, zurücktreten vor den Aufgaben, das im Allgemeinen bekannt gewordene Terrain im Einzelnen zu erforschen und aus den hierdurch zu erlangenden Erfahrungen eine sichere Grundlage für weitergehende Forschungen zu gewinnen. „Ohne solche gesicherte Grundlage würde jede neue Nordpol-Expedition uns, je nach der Günstigkeit der Verhältnisse, einen mehr oder minder guten Erfolg erzielen und hierfür würde die Aufwendung bedeutender öffentlicher Mittel um so weniger anzurathen sein, als die bestimmte Erwartung ausgesprochen werden kann, durch ein von dem bisherigen Verfahren abweichendes Vorgehen, wenn auch langsamer, doch um so sicherer den Zweck der Erforschung der arktischen Zone zu erreichen und dabei zugleich sehr wichtige Probleme der Wissenschaft zu lösen.

Dagegen hat die Kommission einstimmig die Frage bejaht, „ob die Erforschung der arktischen Gegenden zu unternehmen sei“. Der letzte Theil des Berichtes hat, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, die sehr bedeutenden wissenschaftlichen Fragen aus allen Gebieten der Naturkunde erörtert, deren Lösung von der arktischen Forschung zu erwarten ist. Die Mehrzahl der meteorologischen und hydrographischen Probleme, viele Fragen zur Lehre des Erdmagnetismus, der physikalischen Astronomie, eine Anzahl Fragen aus dem Bereiche der beschreibenden Naturwissenschaften, mit anderen Worten: die Auffindung der Gesetze periodischer Erscheinungen und der Abweichungen von diesen Gesetzen kann durch eine Nordpol-Expedition in dem bisherigen Sinne des Wortes nicht erzielt werden. Eine solche Expedition soll ja auf einzelnen Punkten nicht verweilen und kann daher nur einzelne zeitlich und örtlich getrennte Beobachtungen liefern, welche nicht im geringsten darüber Aufschluß geben, wie die Zustände zu einer anderen Zeit sein würden.

Andererseits verhält es sich mit denjenigen wissenschaftlichen Aufgaben, bei denen es wesentlich auf die Feststellung von Thatsachen ankommt, wie bei dem größeren Theil der Probleme aus den beschreibenden Naturwissenschaften und bei manchen aus den übrigen Gebieten der Naturkunde und Geographie. Für diese allein kann eine Expedition in dem bisherigen Sinne sehr werthvolle Erfolge erzielen. Zur Lösung der übrigen Probleme ist die Einrichtung von Beobachtungsstationen, an denen einen möglichst langen Zeitraum hindurch die Beobachtungen der periodischen Erscheinungen vorzunehmen ist, eine Nothwendigkeit. Zur Verallgemeinerung der Resultate müssen aber ferner in den zwischen den Stationen und in deren Nachbarschaft gelegenen Gegenden von Zeit zu Zeit korrespondierende Beobachtungen angestellt werden. Die anzukommende deutsche Expedition würde also zunächst feste Beobachtungsstationen an geeigneten Punkten errichten, sodann aber solche Veranstellungen treffen, daß je nach den besonderen Verhältnissen der Stationen oder nach den besonderen wissenschaftlichen Zwecken, von den Stationen aus und sich auf dieselbe stützend, Untersuchungsfahrten zu Lande und zu Wasser (mit Schlitten, Schiffen und Booten) ausgeführt werden könnten. Dieses gemischte System von festen Stationen und Untersuchungsfahrten gewährt zunächst in der genauen Durchführung einer bestimmten Region, auf welche dasselbe Anwendung findet, die sichere Aussicht, unsere Kenntnisse durch werthvolle Erfahrungen zu bereichern. Sodann aber werden hierdurch etwaige spätere Entdeckungsreisen wirksam vorbereitet; denn solche würden sich alsdann erstlich auf ein in seinen natürlichen Bedingungen bekanntes Gebiet stützen und zweitens mit viel größerer Wahrscheinlichkeit, als dies bisher möglich war, die zu wählenden Wege vorgezeichnet erhalten.

Die von der Kommission bezeichnete Aufgabe für die arktischen Forschungen kann vollständig nur durch ein die arktische Region umfassendes System von Stationen und Untersuchungsfahrten gelöst und so der Zugang zu den noch gänzlich unerforschten Gebieten vorbereitet werden. Die Forschungen müßten sich also auf die drei großen Wasserverbindungen erstrecken, die zum Polarmeere führen (von Nordamerika bis Spitzbergen, von Spitzbergen etwa bis Nowaja-Zemlja, und durch die Behringstraße) und die unter sich in einem physikalischen Conner

sehen, der sich z. B. sehr deutlich in der Form der Hocherkruren ausdrückt. Zu diesem Unternehmen wird es der Kooperation aller Staaten, die ein Interesse an diesen Forschungen haben, bedürfen. Durch das Zusammenwirken verschiedener Staaten würde der Ring der Beobachtungspunkte geschlossen, die auf dasselbe Ziel gerichtete gemeinsame Arbeit vertheilt werden, so daß die Hand in Hand gehende Thätigkeit dem einzelnen Staate nicht größerer, sondern geringerer Opfer auferlegte, als derselbe jetzt schon bringt. Die Kommission befürwortet also, die für ein deutsches Forschungsunternehmen vorgelegten Grundzüge den Regierungen anderer Staaten zur Kenntniß zu bringen und so eine internationale Vereinbarung herbeizuführen, durch welche am sichersten ein Resultat erreicht und am vollkommensten der Wissenschaft gedient würde. Für eine deutsche Expedition würde der Antheil an solchen Unternehmen räumlich zu begrenzen sein. Im unmittelbaren Anschlusse an die zweite Nordpol-Expedition, auf das Gebiet von der Ostküste Grönlands bis zur Westküste Spitzbergens sich erstreckend, würden die deutschen arktischen Forschungen die Beschaffenheit einer der großen Wasserverbindungen zum hohen Norden kennen lernen. Damit ist eine scharf begrenzte, in sich abgeschlossene Aufgabe gestellt, deren Erledigung, selbst wenn eine Bearbeitung der übrigen Wasserverbindungen durch ähnliche Forschungen anderer Staaten noch nicht sogleich eingeleitet werden sollte, in sehr befriedigender Weise zu erwarten ist.

Zunächst wäre die Errichtung einer, mit allen Mitteln ausgestatteten Hauptstation an der Ostküste Grönlands für alle Wissenschaften in gleichem Maße erwünscht. Für bestimmte Aufgaben, die sich vorzugsweise auf die Ermittlung der physikalischen Verhältnisse (der periodischen Erscheinungen) des bezeichneten Gebietes beziehen würden, genüge die Einrichtung einiger mit beschränkten Hilfsmitteln auszurüstenden Nebenstationen, etwa auf Jan von Meyen und an der Westküste Spitzbergens. Untersuchungsfahrten zwischen den Stationen oder Anlagen von Zweigstationen für vorübergehende Zwecke, u. a. am Franz-Josephs-Fjord, würden mit der hierzu vorbereiteten Ausrüstung von der Hauptstation erfolgen.

Auf dem gewählten Beobachtungsgebiet, welches von Mitteleuropa aus am leichtesten zu erreichen ist und dessen Erforschung auch für die europäischen Staaten das größte wissenschaftliche und praktische Interesse darbietet, haben deutsche Forschungen einen glücklichen Anfang gemacht und für Deutschland den Anspruch begründet, dort die Fortsetzung der angefangenen Arbeiten zu übernehmen. Im nationalen Interesse darf also das Deutsche Reich, wenn es die Früchte der schon geleisteten Arbeit ernten will, sich nicht durch längeres Zögern der Gefahr aussetzen, daß ihm auf diesem Forschungsgebiete Andere zuvorkommen. Je mehr Zeit ferner die Ausführung des Unternehmens beansprucht, um so schneller sollte dasselbe begonnen werden. Geschähe das, so ist es nicht unmöglich, daß vielleicht für einen gewissen Zeitraum noch gleichzeitige Beobachtungen von den gegenwärtig von auswärtigen Staaten ausgesendeten Expeditionen und einer deutschen Expedition erzielt werden oder die Beobachtungen nur durch kürzere Zeitintervalle getrennt sind.

Indem die Kommission also den baldigen Beginn der deutschen Forschung befürwortet, glaubt sie, daß, wenn die Zeit für die Vorbereitungen gut benützt wird, die Unternehmung im Jahr 1877 in's Leben treten könne. Aus Sachgelehrten, die sich eingehend mit dem Studium der arktischen Forschungen beschäftigt haben, endlich im Interesse der arktischen Navigation aus erfahrenen arktischen Reisenden und Autoritäten, welche in Bezug auf die Ausführung solcher Forschungen sich bewährt haben, müßte eine technische Kommission gebildet und beauftragt werden, die von der gegenwärtigen Kommission nur ganz allgemein entwickelten Grundzüge für die vorzunehmenden Arbeiten nach der wissenschaftlichen Seite hin im Einzelnen zu prüfen, zu verbessern und zu vervollständigen, die Instruktionen für die Ausführung der Beobachtungen auszuarbeiten, die instrumentalen Hilfsmittel anzugeben und, soweit dies erforderlich, für die Gewinnung von Beobachtern zu sorgen, endlich in technischer Rücksicht alle auf die praktische Ausrüstung der Expedition bezüglichen Erfordernisse anzugeben. Diese Kommission würde nun allerdings thätigst schnell gebildet werden müssen, wenn dieselbe in der Lage sein soll, bis zum Jahre 1877 die Gesamtheit der Vorbereitungen mit der erforderlichen Sorgfalt und Gründlichkeit zu vollenden.

pvo Berlin. In diesem Wintersemester hat Prof. Dr. P. Fleiderer, früher in Jena, ein Vertreter der freieren Richtung der prot. Theologie, seine akademische Thätigkeit angetreten. In seiner öffentlichen Antrittsvorlesung über die deutsche Religionsphilosophie und ihre Bedeutung für die Theologie der Gegenwart — dieselbe ist auch im Druck erschienen (im Verlag von G. Reimer) — bezeichnet

der Schüler des Tübinger Theologen J. C. Bauer es als die Hauptaufgabe der theologischen Wissenschaft, auf Grund der neu erlangenen Ergebnisse unserer exakten Wissenschaften (der historischen und naturwissenschaftlichen) die religionsphilosophischen und metaphysischen Probleme im Geiste unserer großen Denker durcharbeiten. — Der Evang.-Oberkirchenrath hat in einem Generalbescheide an die Provinzial-synoden sämtliche Anträge, welche auf Abschwächung der rechtlichen Bedeutung der Eivische abzielten, insbesondere die Wiederaufnahme der Formel der „Zusammensprechung der Eheleute“ entschieden abgelehnt. — Der Vortrag des Prof. und Geh. Regierungsraths Meigen über die Verantwortlichkeit der Gebildeten und Besizenden für das Wohl der arbeitenden Klassen, welcher auf der Dresdener Konferenz bei den Freunden der „inneren Mission“ so wenig Beifall fand, ist soeben im Druck erschienen. Die acht wissenschaftlichen und sachlichen Ausführungen des Referenten, welcher vom volkswirtschaftlichen und staatswissenschaftlichen Standpunkt aus im Interesse der Wohlfahrt der religiösen Uebereinigungen der Gebildeten die Freiheit des Bekenntens verlangt, erklären den Unwillen, mit welchem die pietistische und konfessionelle Partei über die „Taktlosigkeit“ eifern, derartige Wahrheiten ihnen gegenüber anzusprechen.

— Weimar, 31. Okt. Am 7. November 1775 betrat Göthe den Boden Weimars. Zur Feier dieses Jubiläums soll auf dem hiesigen Theater im Lauf des Winters eine Reihe von dramatischen Dichtungen Göthe's, soweit sie sich dazu eignen, zur Aufführung gebracht werden. Den Anfang machen am 6. November „Erwin und Elmire“, zu welchem Singspiel Anna Amalie die Musik geschrieben hat, und „Clavigo“. Am 7. folgt „Iphigenie“, eingeleitet durch einen Prolog von Schell, Johann an noch nicht bestimmten Tagen Tasso, Stella, Ermont und Die natürliche Tochter, und endlich am 22. März, dem Todestage des Dichters, eine Aufführung beider Theile des Faust, nicht in der Wohlthätigkeit, sondern in einer neuen Bearbeitung, die sich streng an Göthe selbst hält, und mit neuen Kompositionen.

— Straßburg, 2. Nov. Ein hier geborenes Ehepaar, der frühere Küster an der Pfarrkirche St. Aurelien, Johann Klaus, und dessen Gattin Marie Salome, geb. Drees, feierte gestern in besagter Kirche seine „diamantene“ Hochzeit. Klaus, im 90. Lebensjahre stehend, ist noch sehr rüstig und auch seine 84 Jahre alte Lebensgefährtin erfreut sich zünftigen Wohlseins. Außer den Anverwandten, einschließlich der Eltern des Jungpaars, nahm der ganze Stadtrath, in dem die alten Leute wohnen, herzlichen Antheil an der festlichen Feier. — Gestern und heute waren, wie herkömmlich an diesen Tagen, die hiesigen Kirchhöfe zahlreich besucht und mit Blumen und Lichtern festlich verziert.

△ Paris, 2. Nov. Man hat noch nicht ermitteln können, sagt das amtliche „Bulletin français“, wie der Brand der „Magenta“ entstanden ist, welcher in dem in den Kammern verwahrten Material reiche Vorrath gefunden hatte. Um ein Uhr wurde das Alarmzeichen gegeben und im Nu war ein Jeder an seinem Feuerposten; einige Minuten nachdem das Geschwader und das Arsenal durch Signale benachrichtigt waren, kam Hilfe von allen Seiten herbei und Dampf spritzen schleuderten auf die Rückseite des Schiffes ganze Ströme von Wasser, die aber leider die Fortschritte der Feuerbrunst nicht aufhalten konnten. Nun wurde der Befehl gegeben, das Pulver unter Wasser zu setzen; aber die schlecht zusammengefügte Wände der Pulverkammer ließen die Wassermassen, welche sich aus den Röhren ergossen, in den Kessel hinabfallen. Der Admiral befahl in Folge dessen, das Schiff zu räumen, sämtliche Fahrzeuge des Hafens und des Geschwaders drängten sich davor zusammen; die 680 Mann, welche die Mannschaft der „Magenta“ bildeten, flogen mit Hilfe des Tafelwerkes, des Wassersprets und der Strickleitern herab; Alles ging in größter Ordnung und unter Schreien von statten; der Admiral schiffte sich als Letzter auf seinem Rettungsboote ein und ließ sich mitten in den kreisförmigen Bogen fallen, welchen die übrigen Boote bildeten; so wartete das Geschwader auf den verhängnisvollen Ausgang. Das dauerte nicht lange: um 3 1/2 Uhr hörte man eine Explosion und die Wände des Schiffes öffneten sich unter dem Springen der Bomben. Bald versank die „Magenta“; nur ihre Schanzverkleidung ragt jetzt noch ein wenig aus dem Wasser hervor; bei der geringen Tiefe der Röhre wird die Rettung der Geschütze, der Platten und des sonstigen Ausrüstungsmaterials leicht zu bewerkstelligen sein.

Wie man dem „Temps“ schreibt, war die Feuerzünke des Schiffes bis auf fünfzig Seemeilen weit zu sehen; zum Glück herrschte vollständige Windstille. Wenn das Schiff durch einen starken Beswind in den Hafen getrieben worden wäre, hätte das Unglück unberechenbare Proportionen annehmen können.

Handel und Verkehr.

Neuest.: Frankfurter Kurszettel im Hauptblatt III. Seite.

Handelsberichte.

Berlin, 3. Nov. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen per Novbr.-Dezbr. 195.— per April-Mai 211.—, Roggen per Nov.-Dez. 152.—, per April-Mai 168.50. Rübsöl per Novbr.-Dezbr. 66.30, per April-Mai 68.80. Spiritus loco 46.—, per Novbr.-Dezbr. 47.30, per April-Mai 51.10. Hafer per Novbr.-Dezbr. 176.50, per April-Mai 173.50.

Breslau, 2. Nov. Getreidemarkt. Spiritus pr. 100 Liter 100 1/2 pr. November-Dezember 44.50, pr. Dezember-Januar —, pr. April-Mai 48.00. Weizen pr. November-Dezember 191.00, Roggen pr. November-Dezember 155.00, pr. Dezember-Januar 155.50, pr. April-Mai 159.00. Rübsöl pr. November-Dezember 63.50, pr. Dezember-Januar 64.50, per April-Mai 67.00. Zint fest.

Stettin, 2. Nov. Getreidemarkt. Weizen pr. November-Dezember 198.00, pr. April-Mai 210.00. Roggen pr. November-Dezember 143.00, pr. Dezbr.-Januar 145.00, per April-Mai 153.00. Rübsöl 100 Kilogr. pr. November-Dezbr. 60.75, pr. April-Mai 65.00. Spiritus loco 45.80, November-Dezember 46.00, pr. April-Mai 49.60. Rübsen pr. Frühjahr 320.00.

Röln, 3. Nov. (Schlußbericht.) Weizen besser loco hiesiger 21.—, loco fremder 21.50, per Novbr. 20.45, per März 21.90. Roggen höher loco hiesiger 16.25, per Novbr. 14.45, per März 15.90. Hafer —, loco 18.50, per Novbr. 17.90, per März 17.50. Rübsöl animirt, loco 34.50, per Mai 36.—. Wetter: hell.

Hamburg, 3. Nov. (Schlußbericht.) Weizen fest, per Novbr.-Dezbr. 195 G., per Dezbr.-Jan. 198 G., per April-Mai 210 G. Roggen behauptet, per Nov.-Dezbr. 148 G., per Dezbr.-Jan. 149 G., per April-Mai 156 G. Wetter: Frost.

Mainz, 3. Nov. Weizen per Novbr. 21.30, per März 22.40. Roggen per Novbr. 15.40, per März 16.40. Hafer per Novbr.

17.70, per März 17.80. Rübsöl per Nov.—, per Mai 35.50. Pesth, 3. Nov. Weizen per Frühjahr 4.92 bis 4.95. Weizen loco schwaches Angebot. Roggen höher. Gerste sehr fest. Wetter schön.

Weizen loco 81 Pfund. 4.35 bis 4.45, 86 Pfund. 5.20 bis 5.25. Roggen 3.25 bis 3.35. Gerste 2.70 bis 2.80. Hafer — bis —. Mais 2.30 bis 2.35, do. do. alter außer Berkehr. Kohlraps — bis —. Hirse 2.— bis 2.10. Rübsöl 34. Spiritus —.

C.L. Paris, 2. Nov. Der heutige erste Liquidationstag ver sprach in seinem Anfange mehr, als er gegen den Schluß gehalten hat. Zur Erklärungszeit notirten noch die Spozent. 65.70 und die Spoz. (nach Abzug des heute losgetrennten Coupons) 103.75, was immer noch im Vergleich zum vorigen Ultimo eine hausse von 20 Cent. für die erstere und von 65 Cent. für die letztere bedeutet. Leider verdrub denn auch heute wieder der heillose Stand des Türkenmarkts die allgemeine Stimmung und zum Schluß verlassen wir die beiden Renten 65.45 und 103.60. Die Reports hielten sich gleichwohl auf dem bescheidenen Niveau von 13 Cent. für die eine und von 23 Cent. für die andere. Türken, wie gesagt, in Folge anhaltender stiller Executionen in starker Bauffe 25.55, also nicht mehr weit von den niedrigsten Kursen dieses verhängnisvollen Monats. Italiener 78.20, span. Ertrienere 17 1/2, Bernvanier 54 1/2, Banque ottomane 470, Banque de Paris 1115, Mobilier 192, Franco-Holländisch 313, spanischer Mobilier 710, österr. Bodentredit 512, Staatsbahn 615, Lombarden 225.

Paris, 3. Nov. Rübsöl per November 92.50, per Dezbr. 92.50, per Jan.-April 89.70, per Mai-August 86.50. Spiritus per Nov. 43.20, per Jan.-April 44.20. Zuder, weißer, disp. Nr. 3 58.70, per Januar-April 61.20. Weif, 8 Mrt. per Nov. 59.20, per Dezbr. 59.50, per Jan.-April 60.70, per März-Juni 62.70. Weizen per Novbr. 26.50, per Dezbr. 26.70, per Jan.-April 27.70, per März-Juni 28.—. Roggen per Novbr. 17.20, per Dezbr. 17.70, per Jan.-April 18.20, per März-Juni 18.50. Wetter: fast.

Amsterdam, 3. Nov. Weizen loco geschäftlos, per November 276.—, per März 297, per Mai —. Roggen loco unver., per März 194.—, per Mai 194. Rübsöl loco 37 1/2, per Dezbr. 37 1/2, per Mai 39 1/2. Raps loco 390, per Frühjahr 412. Schön.

Antwerpen, 3. Nov. Raffin. Petroleum matt, blank dispon. 28 1/2, bez., 29 Br., per Novbr. 28 1/2 Br., Dezbr. 29 Br., Jan. 29 1/2 Br., Febr. 29 Br. — Amerikan. Schmalz matt, Marke Waco dispon. fl. 86 1/2 — 1/2. — Amerikan. Speck ohne Umfah. Wohl geschäftlos. — Kafee matt. — Kurz Köln 123.65.

London, 2. Nov. Zuder stiller, Inhaber verlangten extreme Preistagspreise. Raffinade sehr still. Kafee still aber behauptet, Plantage Ceylon bold granlich 112—113 lb, mittel 109 lb, 6 d. bis 110 lb, 6 d. Trinidad Cacao stetig. Biment fest. Zinn flau, Straits nominell 85 lb, Cassa. Ende Dez. 84 lb, 6 d. bez., britisch flau 89 lb, Kupfer still, g. o. B. Chili 82 1/2 bez., Urmeneta 82 1/2. Weif flau, britisch 22 1/2. Quecksilber 2 11/2—11 1/2.

London, 3. Nov. Getreidemarkt. Schlußbericht. Feiner Weizen behauptet. Angekommene Ladungen träge. Hafer eher besser, andere schleppend. Stimmung fest. Zufuhren: Weizen 23,400, Gerste 90,000, Hafer 5910 D. Wetter regnerisch.

London, 3. Nov. Conjols —, Lomb. 8 1/2, Ital. 72 1/2, Türken 25 1/2, Amerikaner —.

London, 3. Nov. (1 Uhr). Conjols 94 1/2, 1865r Amerik. 108 1/2. Liverpool, 3. Nov. Baumwollencmarkt. Umsatz 12,000 Ballen, davon auf Speculation und Export 2000 Ballen. Rußig.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Station Karlsruhe.

Barometer.	Thermometer in O.	Feuchtheit im Proc.	Wind.	Himmel.	Temperatur.
752.3	+9.4	63	E.	klar	—
752.4	+1.4	94	NE.	"	—
752.3	-2.1	100	"	"	Neif.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Kreckjahn in Karlsruhe.